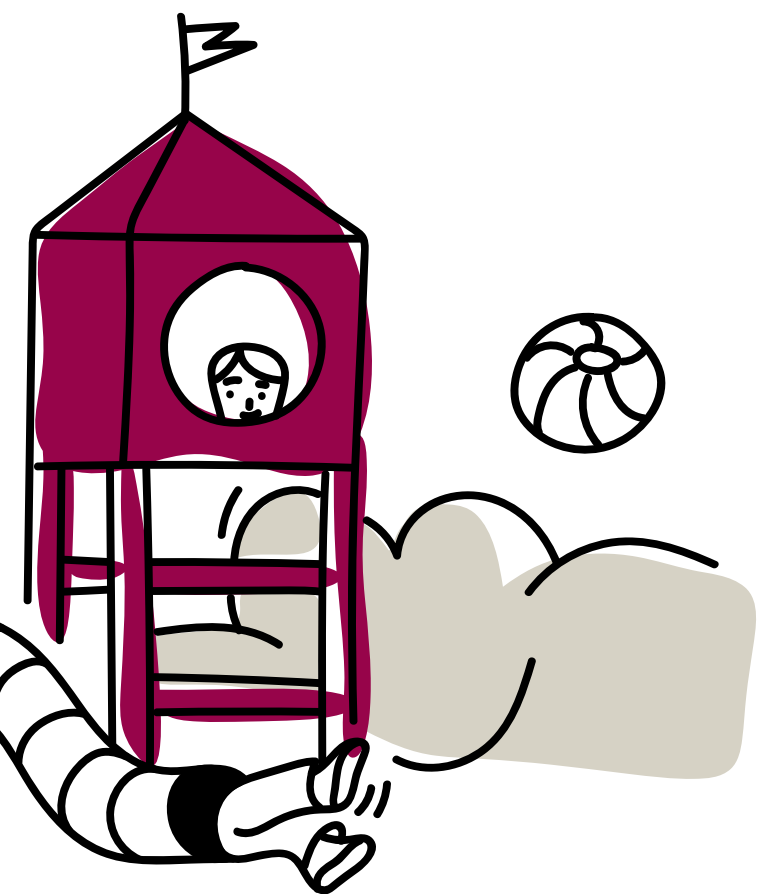


ZEIT ZU HANDELN

PLANER FÜR EINE **BESSERE VEREINBARKEIT** VON
FAMILIE, BERUF UND **KOMMUNALPOLITISCHEM**
EHRENAMT



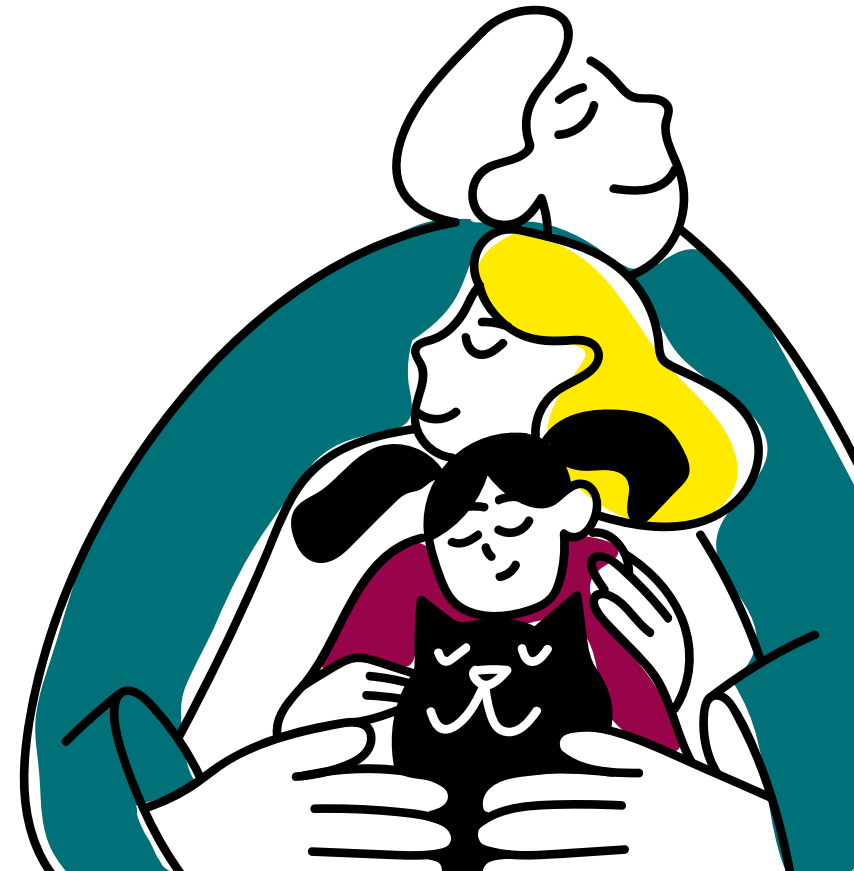
Bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mandat ist zentrale Voraussetzung, damit kommunalpolitisches Engagement für alle möglich wird.

Dieser Planer richtet sich an alle, die in Verwaltung oder Politik Verantwortung tragen und Strukturen mitgestalten. Er enthält konkrete Ansätze, die Kommunen dabei unterstützen, Kommunalpolitik familienfreundlicher und vielfältiger und damit zeitgemäßer zu gestalten. Der Planer bietet eine Sammlung von Handlungsempfehlungen und Umsetzungsschritten: Jede Kommune, jede Fraktion oder Partei kann und soll selbst entscheiden, welche Themen aktuell Priorität haben, wo es Handlungsbedarf gibt und welche Ressourcen zur Verfügung stehen. Ziel ist es, passende Maßnahmen direkt anzugehen – Schritt für Schritt, im eigenen Tempo und mit Blick auf die jeweilige Realität vor Ort. Zugleich gilt: Vereinbarkeit gelingt nicht im Alleingang. Es braucht Vernetzung – innerhalb der Kommune ebenso wie über kommunale Grenzen hinweg. Verschiedene Ebenen und Akteur*innen müssen einbezogen werden, um gemeinsam tragfähige Strukturen zu schaffen. Denn nur, wenn alle an einem Strang ziehen, können Rahmenbedingungen entstehen, die echte Mitgestaltung ermöglichen – und das stärkt nicht nur Einzelne, sondern unsere Demokratie vor Ort.



DIESER PLANER GEHÖRT

UNS!
(ALSO AUCH DIR)



FOKUS

Was ist der **gesetzliche Rahmen** in meiner Kommune?

REFLEXION

- Rechtliche Lage im Land (Gemeindeordnung) beachten
- Für das Thema relevante kommunale Satzungen und Geschäftsordnung identifizieren (z. B. Entschädigungssatzung, Hauptsatzung)
- Angemessenheit und Familienfreundlichkeit der Aufwandsentschädigung überprüfen
- Letzte Änderungen der kommunalen Satzung nachverfolgen
- Mit Satzungen und Geschäftsordnungen aus vergleichbaren Nachbargemeinden vergleichen
- Rahmen für die gleichstellungspolitische Arbeit identifizieren: Wird die kommunale Gleichstellungsarbeit haupt- oder ehrenamtlich geleistet? Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung? Gibt in der Kommune eine Ansprechperson für Gleichstellung und/oder Diversität?
- Politische Lage vor Ort berücksichtigen, da die Bedingungen für Gleichstellungsarbeit je nach Situation unterschiedlich sein können

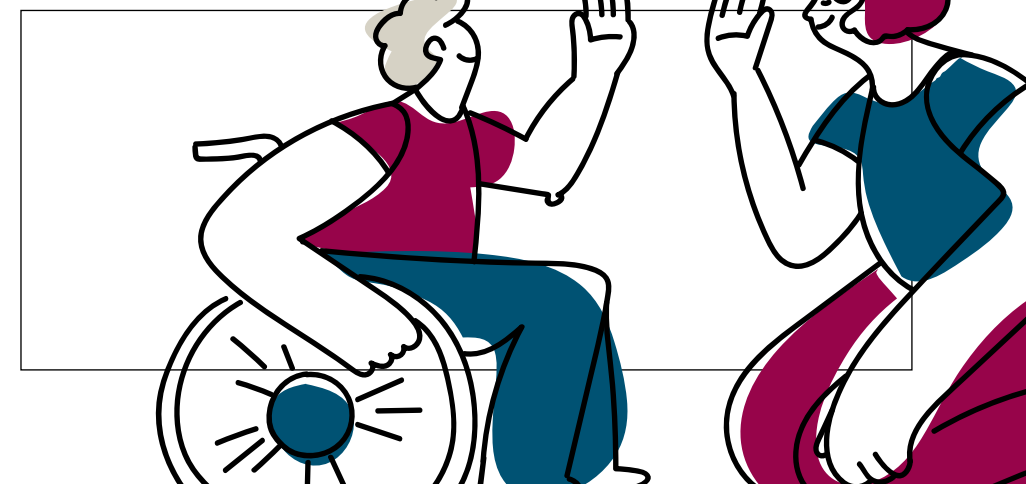
FOKUS

Sind die bestehenden **Maßnahmen** zur Förderung der Vereinbarkeit zwischen Mandat, Beruf und Familie in meiner Kommune noch **aktuell** und **zeitgemäß**?

REFLEXION

- Einführung einer statistischen Berichterstattung zum Geschlechterverhältnis in (Kommunal-)Parlamenten
- Prüfen (lassen), welche Maßnahmen zur Vereinbarkeit bereits bestehen und was in den letzten Jahren unternommen wurde
- Innerhalb der politischen Fraktionen prüfen, ob und wie die Vereinbarkeit in der aktuellen und vergangenen Legislaturperiode gefördert wurde/wird
- In der Verwaltung und in den Fraktionen feste Ansprechpersonen für das Thema benennen

SKETCHES



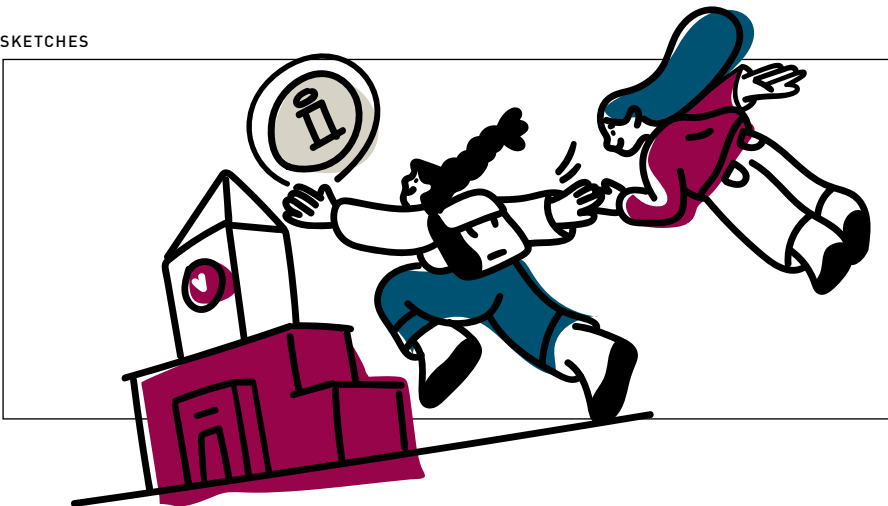
FOKUS

Wie **zugänglich** sind die Informationen zur Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Ehrenamt für Bürger*innen und Mandatsträger*innen?

REFLEXION

- > Geltende Maßnahmen auf der Website der Kommune barrierefrei darstellen
- > Informationsschreiben der Verwaltung an die Fraktionen - wo möglich an die Frauen/ Gleichstellungspolitischen Sprecherinnen - versenden, etwa durch die Gleichstellungsbeauftragten
- > Informationskampagnen dort starten, wo Menschen mit Care-Verantwortung aktiv sind (z. B. Kita- und Elternvertretungen, Familiencafés, Sportvereinen, Pflegenetzwerke, etc.); durch passgenaue Zielgruppenansprache auch Menschen erreichen, die mit dem kommunalpolitischen Geschehen wenig oder gar nicht befasst sind

SKETCHES



FOKUS

Welche **Netzwerke** mit einem Bezug zum Thema gibt es bereits in meiner Kommune? Welche **Angebote** zum Erfahrungs- und Wissensaustausch können ausgebaut oder geschaffen werden?



REFLEXION

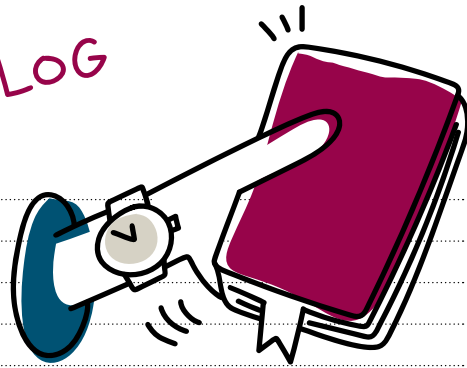
- > Eltern- und Familiennetzwerke sowie Zusammenschlüsse und Vereine verschiedener Communities (z. B. Behindertenverbände, migrantische und religiöse Verbände, Regenbogenfamilien-Netzwerke) identifizieren und ansprechen
- > Fraktionsübergreifende Zusammenarbeit mit den weiblichen Abgeordneten und Mandatsträgerinnen fördern
- > Regelmäßigen überparteilichen Austausch von kommunalpolitischen Mandatsträger*innen mit Kindern initiieren und fördern
- > Digitale und analoge Formate entwickeln, die sich gut in den Familienalltag integrieren lassen – etwa für Information, Austausch oder Beteiligung; familienfreundliche Zeiten und Orte dafür gezielt auswählen
- > Interfraktionelle Arbeitsgruppe „Vereinbarkeit von Familie, Mandat und Beruf“ mit Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung in der Kommune initiieren und Vereinbarkeitsstrategie in der Kommune entwickeln

ALS NÄCHSTES ZU TUN

MAßNAHMENKATALOG ENTWICKELN
+ FORDERUNGEN STELLEN !!!

CHECKLISTE

MAßNAHMENKATALOG ENTWICKELN + FORDERUNGEN STELLEN !!!



Welche Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt sind uns wichtig? Was können und wollen wir umsetzen?

TO DO LISTE

I

Infrastruktur familienfreundlich gestalten

- Bedarfsgerechte Still- & Wickelmöglichkeiten in der Nähe von Sitzungsräumen
- Familienzimmer in der Nähe des Ratssaals einrichten
- Barrierefreiheit für unterschiedliche Mobilitätsbedarfe gewährleisten
- Mitnahme kleiner Kinder in den Ratssaal als Teil einer familienfreundlichen Sitzungskultur mitdenken

II

Entlastung bei Betreuungs- oder Pflegeaufgaben während Ratsarbeit ermöglichen

- Erstattung von Aufwendungen für Betreuung oder Pflege während der Ausübung des Mandats ermöglichen
- Pauschale für Betreuungs- und Pflegeaufwand statt Einzelnachweis ermöglichen
- Unterstützung bei der Suche nach Betreuungs- oder Pflegepersonen anbieten – z. B. durch eine auch online verfügbare Liste geprüfter Anbieter; auf bedarfsgerechte und mehrsprachige Angebote achten
- Kindertagespflege und Erziehungskräfte aus der Gemeinde in die Betreuung während Sitzungszeiten einbeziehen – z. B. durch verlängerte Öffnungszeiten einer Kita oder gezielte Vereinbarungen mit Betreuungspersonen

III

Ausschuss- und Ratssitzungen optimieren

- Sitzungsunterlagen frühzeitig zur Verfügung stellen
- Seitenumfang von Vorlagen begrenzen
- Zeitliche Begrenzung für Rats- und Ausschusssitzungen festlegen
- Redezeit begrenzen
- Redeanteile geschlechterspezifisch protokollieren
- Quotierte Redeliste einführen
- Digitale Abstimmungstechnik einführen, um Zeit zu sparen und aufwendiges Handzählen zu vermeiden
- Prüfen, ob zu jedem Tagesordnungspunkt eine Aussprache nötig ist
- Sachfragen vorwiegend in den Ausschüssen behandeln
- Sexismus und Diskriminierung aktiv entgegenwirken – verbindlichen Verhaltenskodex im Rat erarbeiten

IV

Digitale Ratsarbeit ermöglichen

- Technische Ausstattung (z. B. Tablets, Laptops) für die Ausübung des Mandats bereitstellen
- Schulungen für kommunale Mandatsträger*innen anbieten
- Sitzungsräume mit mehr Steckdosen und schnellem Internet ausrüsten
- Sitzungs- und Vorlagenmanagement aktualisieren
- Hybride Sitzungen anbieten – sofern durch Landesrecht erlaubt und per Ratsbeschluss umgesetzt
- Verwaltungs- und Ratsmitgliedern einen Leitfaden mit Informationen und Hilfestellungen zur Planung und Durchführung von digitalen Sitzungen zur Verfügung stellen
- IT-Sicherheit und Datenschutz sicherstellen

V

Personelle Unterstützung fördern

- Einführung und Weiterbildung für Ratsmitglieder familienfreundlich gestalten
- Ehemalige Ratsmitglieder als überparteiliches Unterstützungsnetzwerk für neue Mandatstragende etablieren
- Doppelspitze in Fraktionen zulassen – sofern rechtlich möglich

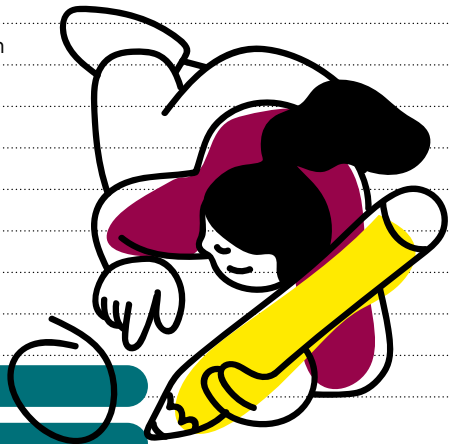


FOKUS

Wie Sorge ich dafür, dass die **kommunalpolitische Arbeit** in meiner Kommune **familienfreundlich** wird und bleibt?

REFLEXION

- > Zuständigkeit klären & Mitstreiter*innen finden, Allianzen bilden
- > Verbindlichkeit schaffen (z. B. durch Satzungsänderung, Ratsbeschluss oder Verwaltungsauftrag)
- > Konkrete Maßnahmen vorschlagen und priorisieren
- > Beschlossene Anträge zur Förderung der Vereinbarkeit in einem vorab abgestimmten Zeitraum umsetzen
- > Maßnahmen in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirksamkeit prüfen und evaluieren
- > Budget für Weiterbildungen und Vereinbarkeitsmaßnahmen im Haushalt langfristig einplanen
- > Umgang mit Freistellung und Verdienstaussfällen klären und transparent gestalten
- > Höhe der Aufwandsentschädigung regelmäßig auf Angemessenheit prüfen
- > Gute Beispiele sichtbar machen



FOKUS

Welche Akteur*innen braucht es, um das kommunalpolitische Ehrenamt **familienfreundlicher** zu gestalten und Menschen mit Care-Verantwortung – ob für Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder andere – besser zu **berücksichtigen**? Wo können sie ansetzen?

MEINE VERBÜNDETEN

HI, MY NAME IS BUNDES- UND LANDESPOLITIKER*INNEN

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Parlamentarische Debatte zur Vereinbarkeit im kommunalpolitischen Ehrenamt initiieren
- Für die kommunalpolitische Arbeit relevante Bundes- und Landesgesetze anpassen – z. B. zu Elternzeit- und Vertretungsregelungen, digitaler Ratsarbeit, steuerfreier Aufwandsentschädigung und Rentenpunkten für kommunalpolitisches Engagement
- Kommunen durch Programme und Förderung unterstützen
- Den notwendigen Kulturwandel aktiv mitgestalten und vorleben

HI, MY NAME IS

Bürgermeister*innen & Landrät*innen

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Vereinbarkeit in der eigenen Kommune – in der Verwaltung und in der kommunalen Vertretung – vorantreiben
- Vorbild sein durch Offenheit für neue Modelle und persönliche Haltung
- Kommunale Gleichstellungs- und Teilhabestrukturen stärken



HI, MY NAME IS

Kommunale Spitzenverbände

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Umgang mit der Vereinbarkeitsfrage in eigenen Gremien hinterfragen und förderliche Maßnahmen entwickeln
- Debatten anstoßen und politische Anliegen vertreten
- Werkstätten/Veranstaltungen mit relevanten Akteur*innen initiieren (Arbeitgeber*innen, Landtagsabgeordnete, Gleichstellungsbeauftragte, Rät*innen, Bürgermeister*innen, Jurist*innen)
- Als juristische Anlaufstelle für Fragen zur Vereinbarkeit in der Kommunalpolitik fungieren
- Länderübergreifenden Austausch u. a. durch Mitgliedschaften wie im Council of European Municipalities and Regions (CEMR/Europäischer RGRE) fördern
- Feste Rubrik zum Thema Vereinbarkeit in der Kommunalpolitik in der Verbandszeitschrift einführen

HI, MY NAME IS

Parteien + Wählervereinigungen

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Onlineformate für die Partei- und Fraktionsarbeit
- Logistische und/oder finanzielle Unterstützung bei Betreuungs- oder Pflegeverantwortung während Fraktionssitzungen und parteipolitischen Terminen bereitstellen
- Familienfreundliche Onboardingformate für Neumitglieder
- Gründung von Netzwerken für Parteimitglieder mit Kindern über die Kommune oder den Ortsverband hinaus
- Den Planer als Impuls nehmen, um Maßnahmen zur Vereinbarkeit lokal zu entwickeln und umzusetzen

HI, MY NAME IS

Zivilgesellschaft + Forschung

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Daten und Fakten erheben und aufbereiten
- Lobbyarbeit betreiben
- Kommunen und Kommunalpolitiker*innen beraten

HI, MY NAME IS

Arbeitgeber*innen

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Flexible Arbeitszeitmodelle anbieten
- Verständnissvolle Unternehmenskultur fördern, die kommunalpolitisches Engagement wertschätzt

HI, MY NAME IS

Aktive Netzwerke für Eltern/Familien + Communities

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

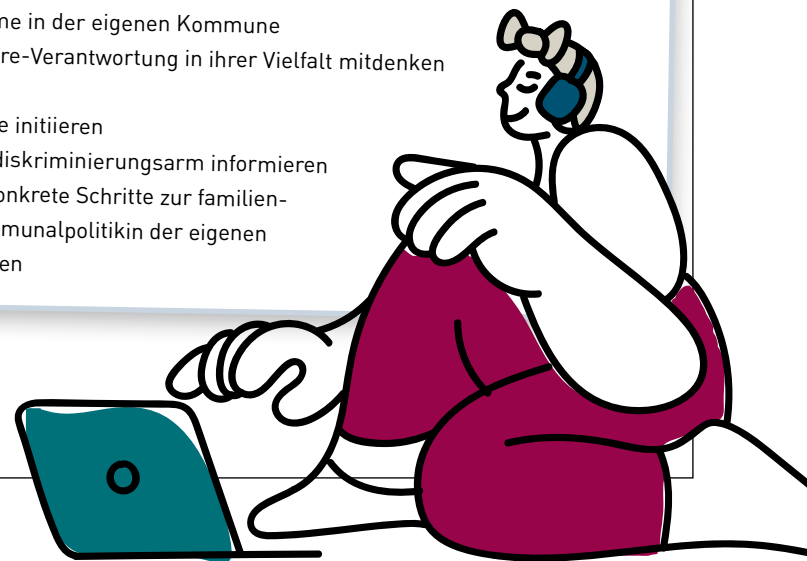
- Der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik Anregungen für eine bessere Vereinbarkeit geben und Forderungen formulieren
- Politiker*innen über zusätzliche Beteiligungshürden, denen Zugehörige marginalisierter Communities begegnen, informieren
- Wahlprüfsteine entwickeln
- Besonders Mandatsträger*innen mit wenigen Vereinbarkeitsproblemen einbeziehen

HI, MY NAME IS

Kommunalverwaltungen

WIE WIR UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN

- Bestandsaufnahme in der eigenen Kommune
- Menschen mit Care-Verantwortung in ihrer Vielfalt mitdenken
- Beratung suchen
- Austauschformate initiieren
- Barrierefrei und diskriminierungsarm informieren
- Mit dem Planer konkrete Schritte zur familienfreundlichen Kommunalpolitik in der eigenen Kommune anstoßen



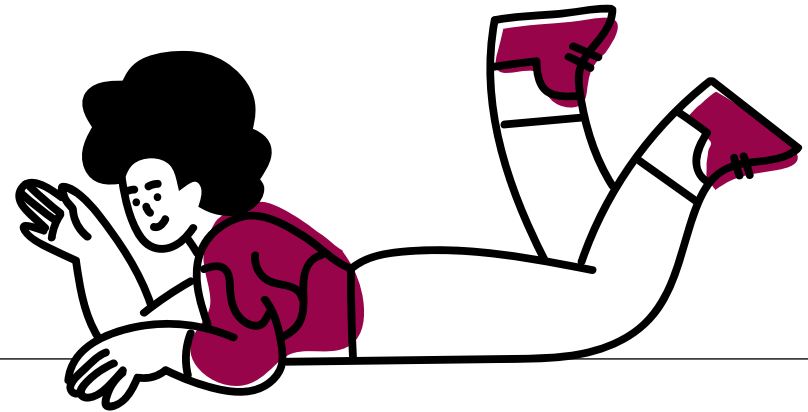
Der Planer baut auf der Studie „Mit Kind in die Politik - Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt“ von Cécile Weidhofer, Dorothea Walchshäusl und Sarah Friedrich (2023) auf. Die Inhalte wurden im Juli 2025 überarbeitet. Beides ist entstanden im Rahmen des Helene Weber-Kollegs, eines Projekts der EAF Berlin mit Förderung durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMBFSFJ].

Die EAF Berlin

Die EAF Berlin ist eine unabhängige und gemeinnützige Forschungs- und Beratungsorganisation. Seit 1996 arbeitet die EAF Berlin an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den Themen Chancengleichheit und Vielfalt in Führung. Ein Schwerpunkt der EAF Berlin liegt auf der Förderung der politischen Partizipation von Frauen in nationalen und internationalen Projekten. Die EAF Berlin konzipiert und realisiert praxisnahe Forschungsprojekte und Studien sowie innovative Programme und Trainings.



www.eaf-berlin.de




MEHR LÖSUNGEN FÜR EINE BESSERE KOMMUNALPOLITIK:

www.frauen-vielfalt-politik.de

Gefördert vom:

eaf | Diversity in
Leadership

 Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend